Neubukows Stadt-Status soll bleiben

Bei parteienübergreifender Runde am Brink standen CDU-Kommunalpolitiker Rede und Antwort zu Fragen über die Zukunft der Schliemannstadt. Vieles drehte sich um direkte Demokratie, Verbandsgemeinden und Schulen.

Von Thomas Hoppe





Lydia Fahed (Linke; M.) in Aktion. 25 Teilnehmer zählte Donnerstagabend in Neubukow eine Diskussionsrunde mit CDU-Landtagsmitglied Peter Stein, Bürgermeister Roland Dethloff und mit dem christdemokratischen Landratskandidaten Matthias Crone (v.l. auf dem rechten Bild). Foto: TH

Neubukow – „Neubukow ist 1990 mit 5500 Einwohnern gestartet und steht jetzt bei knapp unter 4000. Im Bereich des Amtes Neubukow-Salzhaff liegt die aktuelle Zahl bei 7150 Einwohnern", rechnet der Bürgermeister der Schliemannstadt am Donnerstag einer Diskussionsrunde im Bürgerhaus vor. Roland Dethloff leitet daraus für die Verwaltungen „Handlungsbedarf" ab, denn das Gesetz schreibe z.B. für Amtsbereiche mindestens 8000 Einwohner vor. „Wir streben deshalb gemeinsam eine vernünftige Verwaltungsstruktur an, ohne dass wir im Augenblick den Status Stadt Neubukow oder den Status der Amtsgemeinden angreifen wollen", erklärt er. Das erste Signal in diese Richtung sei die Zusammenlegung des Bauamtes, die zum 1. Juli erfolge. Angedacht seien zudem Kooperationen bei Standesamt und Meldestelle. Zuvor hatte CDU-Landtagsabgeordneter Peter Stein, ein studierter Stadt- und Regionalplaner, der der Enquete-Kommission des Landtages zur Reform kommunaler Strukturen angehört, erläutert, was hier von der oft erwähnten „Gemeindereform" zu erwarten sei. Es gehe prinzipiell darum, dass trotz aller demografischer Probleme nicht immer mehr gemeindliche Aufgaben an die Ämter abgegeben werden. Es sei verfassungsrechtlich bedenklich, wenn somit das Handeln zunehme, das nicht durch direkte Wahlen demokratisch legitimiert sei. Deshalb solle den kommunalen Entscheidern in MV, nach den Vorstellungen „aller vier demokratischen Landtagsparteien", das Modell eines Gemeindeverbandes zur Auswahl angeboten werden. Dieses Modell habe den Vorteil, dass Verbandsgemeinderat und Verbandsgemeindebürgermeister direkt gewählt würden und die Gemeinden darunter durchaus eigenständig blieben; auch mit eigenem Bürgermeister. Allerdings könnten sie mehr Aufgaben auf die Verbandsgemeindeebene heben, weil diese dann ja durch direkte Wahlen demokratisch legitimiert sei.

Zündstoff in dessen Fragestellungen, bescheinigt CDU-Landratskandidat Matthias Crone, dem Moderator des Abends, Diethelm Hinz, der nicht nur auf Widerstände, Ängste und Sorgen während der ganzen Entwicklung aufmerksam macht, sondern auch kritisiert, dass mit dem neuen Kreistag für die bislang 106 Abgeordneten aus Doberan nur 69 Plätze übrigbleiben: „Damit wird Mitwirkung verringert." Er wäre keinesfalls der „große Zentralisierer", betont dann Matthias Crone und sagt: „Ich meine, wir sollten gut überlegen, wie viele Filialen der Kreis braucht. Wenn wir schon große Kreise bilden, müssen wir auf der Ebene darunter möglichst viel an Überschaubarkeit gewährleisten. Heimat muss Heimat bleiben." Aber auch durch mehr „Zusammenstöpseln" ließe sich verhindern, „dass die untere Ebene ausgeblutet wird." Ein Gemeindeverband würde gerade kleine Gemeinden erhalten und er frage sich auch, ob man z.B. in Sachen Schule nicht doch mehr Kompromisse zugunsten der Fläche machen müsse.

> „Die, die über Schul-Dinge befinden, sitzen oft weit weg."
> **Olaf Petereit**

Roland Dethloff wirft dazu ein, dass wegen einer zunehmenden Zahl verhaltensauffälliger Schüler auch im Grundschulbereich sozialpädogische Arbeit geleistet werden müsse. Es bestünde die Gefahr, dass Leistungsstarke von den kommunalen Schulen abwandern würden. Großen Raum in der Debatte nimmt die hohe Zahl von Förderschülern in MV ein, die dreimal so hoch sei, wie im Bundesschnitt. „Viele von denen kriegen dann auch keinen Job", warnt der Wismarer Selbstständige, Heinz-Georg Klevesohl. Der Neubukower Olaf Petereit kritisiert, dass diejenigen, die über Schul-Dinge befinden, oft sehr weit wegsitzen würden. Wenn die Verwaltung vor Ort etwas verändern wolle, sei das immer „ein Betteln", weil sich alles unterm Strich, ums Geld drehe. Aktuell fehlten in Neubukow gerade Infos darüber, wer zwei Lehrerinnen, die in Ruhestand gehen, ersetzen wird. Lydia Fahed pocht derweil auf „Ruhe für die Schulen" und spricht sich für längeres gemeinsames Lernen aus. Rentner Fritz Westendorf (68) ist skeptisch, was die Reform insgesamt betrifft. „Jetzt wird es erstmal teurer", meint er gegenüber der OZ und sagt: „Aber ich muss ja damit leben, ne."



> „Im neuen Kreistag wird Mitwirkung verringert."
> **Diethelm Hinz**